

# Der Besselschaffer

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold**  
**Nagolder Tagblatt**

Vertrauensvolle Stellung im Oberamtsbezirk. — Nagold hat heute den besten Erfolg.  
...  
Telegraphische Adresse: Besselschaffer Nagold.  
Postfachnummer: Stuttgart 1112.

Nr. 201

Montag den 30. August 1920

94. Jahrgang

## Ägyptens Befreiung.

Aus London kommen verschiedene Meldungen, die die britische Regierung habe sich entschlossen, Ägypten zu räumen! Zu räumen mit fast der ganzen Besatzungsarmee, mit den englischen Zivilbeamten, mit den englischen Polizeibeamten und Sienervintreibern. Die Nachrichten erscheinen erst so unglaubwürdig, daß man versucht war, einen Bluff anzunehmen, wenn man sich nicht erinnerte, daß England kurze Zeit nach dem Burenkrieg, d. h. nach der Vernichtung der britischen Selbständigkeit in Südafrika eine Politik der Milde, der Großmut und offiziellen Ungegenwärtigkeit einleitete. In Ägypten herrscht seit 18 Monaten volle Revolution. „Ägypten für die Ägypter“ war das Leitmotiv, mit dem die Studenten von Kairo am 9. März 1919 in den Aufstand traten und eine große Demonstration unter Mitwirkung der Volksmassen veranstalteten; doch wurden die Demonstrationen unter Blutvergießen von britischen Truppen unterdrückt. Schließlich für die englische Herrschaft wurde die Bewegung erst, als sich die Aufständischen anständig, durch Sabotage den ganzen Verkehr des Landes, insbesondere den Eisenbahnverkehr, lahm zu legen, was auch zu einem großen Teil gelang. In Unter- und Ober-Ägypten wurden die Eisenbahnschienen abgebaut, die Schienen aufgefressen, die Lokomotiven zerstört. In Wasta wurde der englische Eisenbahnpräsident von der Menge getötet, seine Frau entleert durch die Stadt geschleppt und nur mit Mühe infolge der Intervention eines Eingeborenen vor dem Tode gerettet. Im Süden wurden noch schmerzlichere Ausschreitungen verübt. Der Luxur-Auto-Explosion, bei der Offiziere und Pflegerinnen beteiligt war, wurde von der wütenden Menge angegriffen, die unter den Passagieren ein Blutvergießen anrichtete. Bei der Ankunft land man die Leichen von sieben verstümmelten Offizieren. Seit jener Zeit sind in den Südländern des Nillandes fast an jedem Freitag Demonstrationen, Unruhen und dergleichen an der Tagesordnung, die niemals ohne eine Anzahl Toter und Verwundeter ablaufen, denn der Engländer ist mit scharfen Schreien schnell bei der Hand. An jedem Freitag, sobald am Vormittag die Bevölkerung aus den Moscheen strömt, bilden sich dort unter Teilnahme aller Volksschichten, hauptsächlich der Studenten, Unruhen, die sich durch die Straßen bewegen unter den Rufen: Es lebe das freie Ägypten! Nieder mit England! Und immer neue Meutereien waren die Antwort der Engländer. Überall wurde das Kriegsrecht und der Belagerungszustand eingeführt. Die Besatzungsarmee ist überfordert. Seit Ende des Weltkrieges, also seit dem Waffenstillstand, wurden 30 000 Ägypter getötet und 60 000 zu Knechten geschlagen.

Diese Zahlen sind nicht die Ausbeute orientalischer Ueber-treibung, sondern stammen von dem sehr sachlichen Führer der ägyptischen Bewegung, Dr. jur. Said Bey, der kürzlich mit Solim in Rom verhandelte, dann mit Mohamed Ali, dem Vertreter der Feder, nach Paris fuhr und jetzt in den Londoner Kammern vorpricht. Die Frucht dieser Konferenzen scheint der Räumungsbeschluss Englands zu sein. Für Deutschland kann die, wenn auch begrenzte, Bekämpfung Ägyptens von größter Bedeutung werden, als man vielleicht im ersten Augenblick übersehen. Im Artikel 147 des Versailler Vertrages mußte Deutschland das von Großbritannien am 18. Dezember 1914 erklärte Protektorat über Ägypten anerkennen. Wenn nun dieses Protektorat in seiner Form erfüllt, gelten auch dann immer noch alle deutschen Verträge mit Ägypten seit dem 4. August 1914 nach Artikel 148 des Friedensvertrages als aufgehoben? Reht nicht deutsches Eigentum in Ägypten wieder auf? (Artikel 153.) Das Papier von Versailles bekommt einen neuen Riß. Die Notwendigkeiten der Revolution häufen sich.

## In der Slowakei.

Aus Bregenz wird geschrieben:  
Die revolutionäre Bewegung in der Slowakei, die sich die Errichtung einer slowakischen Räterepublik zum Ziele setzt, nimmt immer drohendere Formen an. Die Prager Regierung hat in Erkenntnis der großen Gefahr dieser Bewegung überaus strenge Maßnahmen getroffen, die aber heute schon als unzureichend bezeichnet werden müssen. Ungeheuer erschwert wird der Kampf der tschechischen Regierung um die Behauptung der staatlichen Macht durch den Umstand, daß nicht nur die Bolschewisten am Werke sind, sondern auch die national-slowakische Bewegung, die erneut an den Anschluß an Ungarn denkt, einen großen Umfang angenommen hat. In der revolutionären Bewegung, deren Ausgangspunkt die früheren ungarischen slowakischen Komitees sind, die aber in Wirklichkeit von Moskau, Wien und sogar Czecho-Slowakei in Aktion gesetzt sind, sind drei Strömungen zu unterscheiden, eine bolschewistische, eine agrarische und eine national-slowakische. Die bolschewistische Strömung ist der Prager Regierung seit mehreren Monaten genau bekannt, und man kennt auch die Namen derjenigen Männer, die den Antrag haben, den Bolschewismus in der Slowakei durchzusetzen. Einige dieser Männer wurden bereits verhaftet, andere wieder aus der Tschecho-Slowakei ausgewiesen. In den letzten Tagen, als es in Czecho-Slowakei, Spodkar und Kassa bereits zu blutigen Demonstrationen kam, wurde dann über die Slowakei das

Ständrecht verhängt. Trotzdem ist es mit Rücksicht auf die große Zahl der Anhänger, die der Bolschewismus in der Bevölkerung, unter den Arbeitern, der Bauernschaft und insbesondere unter den Landarbeitern besitzt, bisher nicht möglich gewesen, ihm einen höheren Damm entgegenzusetzen. Die slowakischen Vertreter Moskaus, an deren Spitze Jidov Wlaken, ein gewisser Felegahn, der Journalist Feinrich Gutmann und einige aus der Slowakei einwandernde Kommunisten stehen, machen noch jetzt, trotz des Belagerungszustandes in ihren Versammlungen, Flugchriften u. Presseorganen sein Hehl daraus, daß ihr Ziel die Errichtung einer slowakischen Räterepublik und deren Anschluß an Moskau ist. Auf die Arbeitsmethode der Bolschewisten wirft die amtliche Feststellung ein interessantes Licht, daß in der Slowakei drei Parteien, deren Vorgesetzter Bolschewisten sind, gefälschte Heimatscheine liefern, auf Grund derer die bolschewistischen Agenten die Einreisefähigkeiten in die Tschecho-Slowakei haben. In den Bergwerkbezirken und in der Umgebung von Kassa, Eperjes und Keutra, sogar in Bregenz selbst gewinnt der Bolschewismus immer mehr an Boden. Der zweiten Bewegung, die mit der bolschewistischen parallel läuft, an vielen Stellen sogar tatsächliche Berührungspunkte mit ihr hat, wird durch die Unzufriedenheit der Bauern ein guter Nährboden geschaffen. Es ist eine geplante Agrarrevolution, die der Regierung viel Kopfzerbrechen verursacht, der man jedoch durch die in Bearbeitung befindlichen Bodenreform-entwürfe Herr zu werden hofft. Die dritte Bewegung, die fast so stark ist, wie die bolschewistische, ist die der slowakischen Nationalisten, die den Anschluß an Ungarn begehren. Diese Bewegung ist beinahe ebenso gründlich organisiert, wie die bolschewistische, verfügt über mächtige finanzielle Unterstützung in Amerika, Wien und Budapest und ist mit Sicherheit, in abernächster Zeit mit einer großen Aktion beginnen zu können. Der Herr dieser Bewegung ist hauptsächlich in Czecho-Slowakei zu finden, wo sich eine groß organisierte amerikanisch-slowakische Liga aus den aus dem früheren Ungarn ausgewanderten Slowaken gebildet hat und die Zweck Ausführung ihres Umsturzplanes ihren vor kurzem nach Wien entsandten drei Vertretern 100 000 Dollar zur Verfügung gestellt hat. Diese Bewegung kann in dem Momente, wo sie in Aktion tritt, auf ihre natürlichen Verbündeten, die Polen und Ungarn rechnen. Es wird bereits in Polen, Ungarn und der Slowakei eine slowakische Legion gebildet, die aber für die national-slowakische Bewegung gefährlich werden kann, denn die Leute, die für diese Legion angeworben werden, sind bolschewistisch stark verlehrt.

## Die drohenden Unruhen in Württemberg.

### Was ist verschärfter Generallstreik?

Da Unklarheit darüber herrscht, was der Begriff „verschärfter Generallstreik“ in sich schließt, so sei mitgeteilt, daß als einfacher Generallstreik angesehen wird, wenn die Arbeiter selbst die lebenswichtigen Betriebe aufrecht erhalten; der verschärfte Generallstreik jedoch ist, wenn die Streikenden sozusagen aufs ganze gehen und den Angehörigen ihrer Organisationen auch verbieten, in den als lebenswichtig anerkannten Betrieben zu arbeiten. Der verschärfte Generallstreik ist in seiner moralischen Berechtigung gleichzustellen mit der Blockade, die durch England gegen Deutschland während des Krieges verhängt wurde und der so viele unserer Gefreite und Frauen und Kinder zum Opfer gefallen sind und unter deren Wirkungen wir heute noch leiden. Als Schutzorganisation gegen die Wirkung des verschärften Generallstreiks besitzen wir die technische Nothilfe, die im gegebenen Fall einspringen wird.

### Wie der Beschluß zu Stande kam.

Die gespannte Lage, welche durch die Schließung der großen Industrie-Betriebe in Stuttgart und Umgebung hervorgerufen wurde, hat jetzt eine Klärung erfahren. In einer am Freitag abgehaltenen Vollversammlung der Betriebsräte in der Rollschuhbahn wurde mit ungefähr 1450 gegen 50 Stimmen der Beschluß gefaßt, mit sofortiger Wirkung in den verschärften Generallstreik einzutreten. Die Art des Zustandekommens dieses Beschlusses ist bezeichnend. Es hatte zur Rollschuhbahn ein jeder Zutritt und eine Kontrolle der Ausweise fand weder am Eingang noch im Saal selbst statt. Der Beschluß kann also durch beliebige Kaufbolde herbeigeführt worden sein, die sich den Titel und die Würde eines Betriebsrates einfach aus eigenen Gnaden zugelegt hatten. Es sprachen in der Versammlung die Kommunisten Härdle und Riele und es gelang ihnen agitatorischen Fähigkeiten, die Versammelten mitzureißen und sie zu dem bereits bekannten Beschluß zu zwingen.

Unbefangene urteilende Teilnehmer der Versammlung fanden unter dem Eindruck, daß durch kommunistische Elemente der Streikpunkt von der wirtschaftlichen Frage des Streiks abgelenkt auf das politische Gebiet verdrängt wurde, um den Streikbeschlusse durchzuführen, während die Durchführung des Streikbeschlusses einer Mitglieder Kommission übertragen wurde, die aus Mitgliedern der Betriebsräte, also der wirtschaftlichen Organe besteht. Der Regierung sollen 3 Forderungen vorgelegt werden: 1. Zurückziehung der Polizeiwache aus den beteiligten Betrieben, 2. Wiedererrichtung sämtlicher Ausgesperrter, 3. Bezahlung des Lohnausfalls während der

Streiklage. Der Beschluß wurde nicht in geheimer Abstimmung gefaßt, außerdem zwar nominell in einer Versammlung von Betriebsräten, bei der aber tatsächlich eine große Anzahl nicht legitimierter Vertreter war. Erst nach der Abstimmung ließ man diese beiseite treten und dabei stellte es sich heraus, daß ihre Zahl mindestens 300 betrug. Die nicht geheime Abstimmung hatte vor allen Dingen zur Folge, daß diejenigen, die gegen den Streik zu stimmen mochten, sofort durch Drohungen eingeschüchtert wurden. Es wird abzuwarten sein, welche praktische Formen angesichts dieser Stimmung der Arbeiterschaft der Streik annehmen wird. Wichtige Kategorien der Arbeiterschaft scheinen jedenfalls nach wie vor entschlossen, sich nicht von der Minderheit terrorisieren zu lassen und der Streikparole keine Folge zu geben. Die christlichen Gewerkschaften beteiligen sich nicht. Der deutsche Gewerkschaftsbund erläßt eine Bekanntmachung, daß der Generallstreikbeschlusse seine Mitglieder nicht trifft. Auch das Verkehrspersonal im ganzen lehnt die Teilnahme am Generallstreik ab. Die Arbeiter der staatlichen Betriebs- und Wasserversorger in Cannstatt haben in einer heute gehaltenen Betriebsversammlung gleichfalls zur Frage des Generallstreiks Stellung genommen. In geheimer Abstimmung haben sich 1092 Arbeiter gegen und nur 216 für den Generallstreik ausgesprochen. Daß die radikalen Streikführer gerade auf den Anstoß des Eisenbahnpersonals besonderen Wert gelegt hatten, zeigt nachstehende Mitteilung des Bundes der Betriebsbeamten: In der Stuttgarter Versammlung der Betriebsräte am Freitag nachmittag hat ein angeblicher Kurier mitgeteilt, daß in Blosingen und Korawestheim das Eisenbahnpersonal bereits streike. Diese Mitteilung war erlogen. Es besteht die Vermutung, daß es sich hierbei um bestellte Arbeiter handelt, um bei der Betriebsräteversammlung für den Generallstreik Stimmung zu machen.

### Weitere Einzelheiten — Die Stimmung im Lande.

**Stuttgart, 27. Aug.** Die Arbeiter der staatlichen Betriebs- und Wasserversorger in Cannstatt haben in einer heute gehaltenen Betriebsversammlung gleichfalls zur Frage des Generallstreiks Stellung genommen. In geheimer Abstimmung haben sich 1092 Arbeiter gegen und nur 216 für den Generallstreik ausgesprochen.

**Stuttgart, 27. Aug.** Die Straßenbahner haben in einer schwach besuchten Versammlung (1100 von etwa 2000) mit 650 gegen 450 Stimmen den Eintritt in den Streik beschlossen; also auch hier eine sehr beachtenswerte Minderheit. Die Stilllegung des Betriebs soll 2 Stunden nach Beginn des Streiks erfolgen.

**Stuttgart, 27. Aug.** In der rechtlichen Seite der Frage der Arbeiterentlassung erlaßt der Arbeitgeberverband des Handelsgewerbes für Württemberg an seine Mitglieder ein Rundschreiben, wonach die Arbeitgeber berechtigt sind, jeden Angestellten, der gegen ihren Willen die Arbeit niederlegt, sofort zu entlassen. Dabei sei es Pflicht, den Angestellten auf die Folgen der Arbeitsniederlegung aufmerksam zu machen.

**Stuttgart, 27. Aug.** Der Generallstreik wird heute weitergeführt. Es kann zwar noch Gas, zeitweise auch elektrischer Strom abgegeben werden, aber im übrigen ist der Streik nahezu ein allgemeiner. Die Entscheidung hängt natürlich ganz von den Ereignissen in Stuttgart ab. Auf dem Marktplatz fand eine äußerst ruhig verlaufene Massenversammlung statt, bei der auch auf den Einfluß der Stuttgarter Verhältnisse hingewiesen wurde. Im allgemeinen ist es zu Ausschreitungen erstarrter Art bisher hier nicht gekommen.

**Stuttgart, 27. Aug.** Die Arbeiter des Elektrizitätswerks haben die Arbeit niedergelegt. Die Nothilfe hat eingegriffen unter dem Schutz eines Aufgebots von Einwohnern.

**Schramberg, 27. Aug.** Nach eingehenden Beratungen hat eine Versammlung von 3500 Arbeitern mit 2100 gegen 1400 Stimmen beschlossen, sich mit dem 10prozentigen Steuerabzug einverstanden zu erklären und die Regierung um Vermittlung wegen Steuerermäßigung und Erhöhung des Steuerminimums zu bitten.

**Karlsruhe, 27. Aug.** Hier ist der Streik mit Beginn am morgigen Tag beschlossen worden.

**Reutlingen, 27. Aug.** Hier herrscht bis jetzt völlige Ruhe.

### Die Streiklage.

**Stuttgart, 28. Aug.** Der Generallstreik hat heute begonnen. In der Industrie wird nicht gearbeitet. Die Straßenbahn steht still. Gas und Strom wird nicht mehr geliefert. In Unruhen und Zwischenfällen ist es heute früh gekommen. Der Aktionsausschuß und die Gewerkschaften beraten heute vormittag. Die Organisationen der Betriebsbeamten haben beschlossen, den Verkehr bei Bahn und Post mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Die Zeitungen erscheinen nicht.

**Sindelfingen, 28. Aug.** Heute vormittag 9 Uhr sind die Arbeiter aller größeren Betriebe in den Generallstreik getreten.

**Heilbronn, 28. Aug.** Seit heute früh 9 Uhr ist auch hier der Generallstreik erklärt. Es fand eine Massenversammlung auf dem Hammelwasen statt, an die sich ein Umzug durch die Straßen der Stadt zur Aler anschloß. Der Streik ruht in Händen der Gewerkschaftsleitung und gilt als Protest gegen die Regierung, die die Großbetriebe Stuttgarts mit Polizeiwache besetzt hat. Auch die Parteileitung der Mehr-



beitssozialisten tut mit. Mit Stuttgart ist ein Kurierdienst eingerichtet. Die Forderungen der dortigen Streikenden gelten auch für Heilbronn.

**Einberufung des Landtags.** Die Landtagsfraktion der U.S.P. fordert in einem Schreiben an das Landtagspräsidium die sofortige Einberufung des Landtags.

#### Der rote Samstag.

Stuttgart, 28. August. Der Generalstreik hat sich im Laufe des Samstags vormittag auf die gesamte Stuttgarter Industrie ausgedehnt. Die Streikenden zogen vielfach vor die arbeitenden Betriebe, holten die Arbeitswilligen heraus und veranlassten sie zur Niederlegung der Arbeit. In Zwischenschritten scheint es nirgends gekommen zu sein. Das Stadtbild ist außerordentlich belebt. Die Randwege sind schwarz voll Menschen, weil keine Fahrgeschäfte besteht. Von den Tageszeitungen konnte nur noch der „Sozialdemokrat“ erscheinen. Ein in den Morgenstunden verbreitetes Flugblatt des Aktionsausschusses hat die Regierung gleichfalls mit einem Flugblatt beantwortet, indem sie die unnohnen Behauptungen der Streikenden zurückweist. Um 11 Uhr fand in der Reichshauptbahn wieder eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. In dem dort gegebenen Situationsbericht wurde die Streiklage nicht rosig geschildert. Das Verkehrs- und arbeitslose Gewerbe haben sich nicht freudig am Streik beteiligt. Der Vertreter der Gasarbeiter erklärte, daß es nicht leicht war, die Mehrzahl der Gasarbeiter von der Notwendigkeit des Aufhusses an den Generalstreik zu überzeugen. Bei Daimler in Unterriethheim stellten sich, so wurde mitgeteilt, die auf dem Bande wohnenden Arbeiter jeden Morgen vor den Toren des Betriebs ein, um die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen. Diese „Rudindianer“ müßten von der Notwendigkeit des Streiks überzeugt werden. Die mit Lohnabrechnung beschäftigten Beamten müßten an ihrer Tätigkeit verhindert werden. In der Stadt ist eine Kontrolle nach Bezirken eingeführt, damit die noch arbeitenden Betriebe nicht übersehen werden. Mit dem Eisenbahnbetrieb und dem Wasserwerksbetriebe würden Verhandlungen gepflogen, um die Arbeiter zum Streik zu führen. Abends finden in sechs verschiedenen lokalen Besammlungen statt.

#### Tages-Neuigkeiten.

##### Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin, 28. Aug. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist auf Mittwoch, den 1. September, nachmittags 5 Uhr einberufen.

##### Um Cuxen und Malmeby.

Paris, 28. Aug. Nach einer Meldung aus Brüssel hält der Rat des Völkerverbundes am 15. September in Paris eine Sitzung, um über Cuxen und Malmeby zu beraten. In dieser Sitzung soll das Ergebnis der sog. Volksabstimmung entschieden werden. Berichterstatter über diese Frage ist der brasilianische Botschafter in Paris.

##### Neuordnung des Polizeiwesens.

Berlin, 28. Aug. Die seit geraumer Zeit geplante Neuordnung des gesamten Polizeiwesens ist nunmehr in Angriff genommen und zwar im Sinne vereinfachter Ausübung der Polizeigewalt durch die Behörden unter Berücksichtigung der augenblicklich herrschenden Zersplitterung und der Schaffung der Ordnungspolizei, der Sicherheitspolizei und Gendarmerie und schließlich unter einer gewissen Selbstständigkeit der provinzialen Instanzen. Der Plan für die Neuorganisation, die zugleich die Befolgung der in der einschlägigen Entennotnote gestellten Forderungen berücksichtigt, wird unter weitgehender Heranziehung von Fachmännern, insbesondere der Vertreter aller beteiligten Beamten-Organisationen bearbeitet. Seine Fertigstellung und Durchführung ist binnen kurzen zu erwarten.

##### Die Auffassung in Berlin.

In den Breslauer Ausschreitungen wird an unabhängiger Stelle erklärt, daß die liberale unbefonnene Haltung eines Teiles der Breslauer Bevölkerung leider voraussichtlich schwere

Folgen haben werde. Wenn man auch menschlich die Erregung der gefährlichen Oberklasse verstehen kann, so ist doch ein derartiges Vorgehen auf das schärfste zu verurteilen. Der Regierung ist es augenblicklich durch das Abkommen von Versailles und Spa unmöglich, ohne Beteiligung der Bedingungen etwa militärische Hilfe nach Oberschlesien zu senden. Es kann nur immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die unentschlossene Haltung der Franzosen, die von dem französischen General Gantier anheimend gebilligt wird, einen sehr großen Teil der Schuld an der Entwicklung der Verhältnisse trägt. Eine genaue Untersuchung der Angelegenheit ist angeordnet.

##### Die obereschlesischen Unruhen nehmen immer größeren Umfang an.

Berlin, 28. Aug. Die Unruhen in den obereschlesischen Kreisen Groß Strehly und Oppeln nehmen weiter zu. Es fanden neue Kämpfe zwischen polnischen Banden und der Sicherheitspolizei um den Ort Malapane statt. Den Insurgenten wurden ein leichtes Maschinengewehr und Dumdum-Geschosse abgenommen. Mehrere Banditen wurden verhaftet und in das Oppelner Kreis Gefängnis übergeführt.

##### Mordtötung der deutschen Presse.

Berlin, 28. August. Aus dem obereschlesischen Abstimmungsgebiet erzählt R.T.B. ein: Mitteilung, wonach der „Wanderer“ in Gleiwitz sein gefestes weiter erscheint. Von den deutschen Zeitungen sind bis jetzt fünf verboten. Demgegenüber erscheint die polnische Presse unbehindert weiter und legt sich im Kampf gegen das Deutschum kleinerer Zwang auf. Man geht offensichtlich davon, die deutsche Presse mundtot zu machen und sie zu erdroffeln, um so jede Auffassung über die Vorgänge in Oberschlesien im Reich und in Oberschlesien selbst unmöglich zu machen.

##### Alkoholverbot am 11. Oktober, dem Abstimmungstag.

Magenfurt, 28. Aug. Gestern fand hier eine Plenarsitzung der Plebiszitkommission statt. Die Kommission hat das Abstimmungsprogramm zu Ende beraten. Es besteht die Absicht, alle notwendigen Vorbereitungen dazwischen zu setzen, daß die Abstimmung bereits am 10. Oktober, einem Sonntag, vorgenommen werden kann. Am dem Abstimmungstag, sowie 2 Tage vor und 2 Tage nach der Abstimmung besteht für die Gemeinden des Abstimmungsgebietes unbedingt Alkoholverbot. Am Abstimmungstag darf in keiner Kirche im Abstimmungsgebiet irgend ein Predigt abgehalten werden.

##### Vittgefach Irlands an Frankreich.

Paris, 28. Aug. Der diplomatische Vertreter der irischen Republik hat, wie der „Parisien“ berichtet, einen Brief an den Ministerpräsidenten Millerand gerichtet, in dem er den Ministerpräsidenten ersucht, die französische Regierung möchte bei der englischen Regierung zugunsten Irlands intervenieren.

##### Schnelle Genehmigung der Waffen- u. Munitionstransporte.

Brüssel, 28. Aug. Ein Mitglied der Regierung erklärte einem Redakteur der „Libre Belgique“, daß angeht die der augenblicklichen Sachlage die Regierung binnen kurzem die Waffen- und Munitionstransporte für Polen genehmigen werde.

##### Die Uebertritte auf deutsches Gebiet.

Altenstein, 27. Aug. Wie das Altensteiner Volksblatt meldet, ist bei Weßen der 10. russischen Infanteriedivision und der Oberkommandierende der 3. Kanaleriedivision, beide zur 4. Armee gehörend, mit dem Führer General Gey übergetreten. Die ganze polnische Grenze ist nunmehr von den Polen besetzt.

##### Die Kommunisten gegen die deutsche Neutralität.

Berlin, 28. Aug. Eine Besprechung von Parteifunktionären der K.P.D. aus dem ganzen Reich hat, wie der „Volks-“ zu berichten weiß, im Geheimen getagt und gibt jetzt eine Entschlieung bekannt, der Platz der deutschen Proletarier sei an der Seite Rußlands in enger Kampfgemeinschaft mit ihm. Infolgedessen läuft die Entschlieung Sturm gegen die

deutsche Neutralität und fordert die Arbeiter auf, durch eigene Tat Rußland zu unterstützen und über Polen die Blockade zu verhängen.

##### Russische Reserven.

Basel, 28. Aug. Wie der Daily Herald meldet, sind 20 frische russische Divisionen aus dem Gouvernement Moskau, Smolensk, Tula und Orel an die Front abgerückt.

##### Abreise der Entente-Missionen aus Warschau.

Paris, 28. Aug. Wie das „Journal“ aus Warschau meldet, haben die diplomatischen englischen und französischen Missionen gestern Warschau verlassen, um sich nach Paris bzw. London zurückzugeben.

Die Missionen waren feinerzeit nach Warschau entsandt worden, um nachzuprüfen, welche Maßnahmen nötig seien, um den Zusammenbruch Polens zu verhindern.

##### Defektionen im polnischen Heere.

Kopenhagen, 27. Aug. Der Warschauer Korrespondent der „Berliner Tageblatt“ meldet: Die Defektionen im polnischen Heer haben in der letzten Zeit in solchem Maße zugenommen, daß die polnische Regierung sich genötigt gesehen hat, ein besonderes Feldtribunal dem Warschauer Generalkommando zu errichten. Alle Defektoren werden auf das Strengste bestraft.

##### Vor dem Revolutionstribunal.

Berlin, 28. Aug. Nach einer Meldung der S.Z. am Freitag wurden in dem Prozeß vor dem Moskauer Revolutionstribunal gegen die Mitglieder des sogenannten linken Zentrums alle Angeklagten außer dem Fürsten Jussov zum Tode durch Erschießen, jedoch unter Anwendung der Amnestie verurteilt. Demgemäß wurden u. a. Fürst Lubekop zu Zwangsarbeit und die Gräfin Alexandra Tolstoj zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

##### Die Lage in Mesopotamien.

London, 28. Aug. Ein Bericht des Kriegsamt meldet unter dem 24. August, daß die Lage in Mesopotamien ruhig ist. Immer wieder steht sich die Räter voran, daß sich die Lage in Mesopotamien besser. Tatsächlich war aber aus dieser Quelle nicht zu erfahren. Die Neue Zürcher Zeitung schildert nun die Zustände in Mesopotamien folgendermaßen:

Die Lage sieht dort seit langem für die britische Oberherrschaft recht böse aus. Die Engländer haben mit ihrem nach der Belegung von Bagdad im März 1917 proklamieren arabischen Staat wenig Freude erlebt. Die Ansprüche der Engländer weinerten sich, die britische „Kontrolle“ anerkennen und vielleicht im Zusammenhang mit der türkischen nationalistischen Bewegung in Kleinasien drach gegen Ende des vorigen Jahres ein ungehöriger Aufstand in Mesopotamien los. Von Anfang an erwiehen sich dabei die offenbar wenig zahlreichen britischen Truppen dem Aufstand der Araber nicht gewachsen. Sozusagen vom ersten Momente an fanden sich die Engländer in die Defensive gedrängt und auf den Besitz einiger Städte und Garnisonsplätze beschränkt. Die Lage verbesserte sich auch kaum wesentlich, als Verstärkungen vor allem aus Indien, herangezogen wurden; trotzdem gegenwärtig ungefähr 90.000 Mann (worumunter etwa zwei Drittel Indier) in Mesopotamien stehen, befindet sich Bagdad immer noch in der Lage, einer halbbrüchigen Festung. Rings um die Stadt sind Defensivanlagen aufgeworfen worden und die Eisenbahnen, die Bagdad mit benachbarten Orten verbinden wie Hilah verbinden haben durch Blockadenlinien geschützt werden müssen. Nur durch fortgesetzte Raids und Strafexpeditionen kann sich die Garnison einigermaßen Luft schaffen. Das Land steht überall in offenem Aufruhr; speziell das Gebiet von Basra (nordöstlich von Bagdad) bis zur persischen Grenze unterliegt vollständig der Herrschaft der Beduinen und der britische Posten in Sofia, der die Route nach Mossul bedr, ist gänzlich eingeschlossen.

##### Kleine Nachrichten.

**Rückkehr Dr. Simons nach Berlin.** Der Minister des Reichs, Dr. Simons, wird frühestens morgen nach Berlin zurückkehren. Er befindet sich noch auf einer Dienstreise in

## „Einzelbilder aus Nagolds früherer Zeit“.

Von G. H. Kläger.

Wir bringen in den folgenden Nummern die Fortsetzung der im Jahre 1919 veröffentlichten Auflage.

### Die Schulhäuser unserer Stadt.

Die innere geistige Entwicklung eines Gemeinwesens spiegelt sich zu einem nicht unwesentlichen Teile in der Entwicklung seines Schulwesens wider, und diese findet wieder wenigstens ihren sichtbaren Ausdruck bis zu gewissem Grade in den der Schule erbauten Häusern. Man ersieht aus ihnen nicht bloß die jeweilige Größe der Schulgemeinde, sondern auch das von ihr der Schule entgegengebrachte Verständnis und Interesse.

Die Sympathie, die unsere Stadt von jeher für die Schule hegte, hat nicht nur in dem Lehrerseminar, für dessen Gewinnung der damalige Dekan Freihofen (der es freilich nicht mehr sehen durfte) im Sinn und Geist und im Auftrage der Stadt alle Kräfte in Bewegung setzte, sich ein bleibendes und beachtliches Denkmal gesetzt, sondern sich auch in dem freundlichsten Verhältnis, das sie immer mit der Behörde verband, und in der Fürsorge für die richtige häusliche Unterbringung der Schulen befundet und bestätigt.

Der Zeit und den Verhältnissen entsprechend erwuchs hier ein Schulhaus um's andere.

In der „Hinteren Gasse“ steht das Althaus desselben, wehmütig der alten Zeiten gedenkend, wo es doch als Alleinherricherin die gesamte Jugend der Stadt in sich aufgenommen und geistig bewirkt und erwidert hat. Noch heute erhebt sich das 1706 erbaute nunnmehrige Privathaus und Wohnhaus der beiden Bürger Gottlieb Eßig, Gafnermeister und Wilhelm Müller, Schulbauhermeister durch seinen eigenartigen Bau, insbesondere das architektonisch interessante Fachwerk und seine stattliche Größe über seine Nachbarn und last die Maßstäbe zu seiner Aufnahme und künstlerischen Bearbeitung an. Im Jahr 1828 ist es aus dem Schuldienst geschieden. Reichinger war der letzte Lehrer, der in ihm unterrichtete. Keines jeglichen Bürgers Erinnerung reicht

mehr auf die Zeit zurück, wo dieses Haus noch in Amt und Würde stand.

Aller Wahrscheinlichkeit nach erwuchs im am Schluß seiner Zeit im gegenwärtigen Rathaus ein Freund und Mitarbeiter, der die Ueberzahl der Schüler in sich aufnahm, ein Verhältnis, in das das Rathaus auch zu dem am 29. September 1828 eingeweihten Schulhaus an der Ecke der Burg und Calwerstraße eintrat und bis zum Jahr 1867 in der Weise fortsetzte, daß in ihm die zwei untersten Jahrgänge Aufnahme fanden und in die Elemente der Wissenschaft eingeführt wurden, während die höheren und älteren Volksschulklassen der Knaben und Mädchen sowie die damalige zweiklassige Lateinschule im neubauten Schulhause untergebracht wurden. In demselben waren auch drei Lehrerwohnungen; in jedem Stockwerk eine derselben, alle gegen Süden, Westen und Norden gelegen und für den Kolleger (Wieland), den Oberlehrer (Bauder) und den Mädchenschullehrer (Gauh) bestimmt.

Als das Haus im Jahr 1882 die Sem.-Lehrerschule aufnahm und als sich der zweiklassigen Lateinschule eine zweiklassige Realschule anlagerte, verdrängten diese Neu-einrichtungen die Lehrerwohnungen, die teilweise in das 1866 bezogene Lehrerwohnungsgebäude verlegt wurden, das in den ersten Jahren seines Bestehens auch das Eisenbahnbauamt in der Zeit des hiesigen Eisenbahnbaus gütlich in seinem 1. Stock aufnahm, während der 2. Stock die Wohnung des damaligen Präzeptors, später im Oberpräzeptor, (Hergog) und das Hochschloß die Wohnung des 3. Schullehrers (Kläger) wurde. Nach Abzug des Eisenbahnbauamts wurden die von ihm belegten Räume die 3. Lehrerwohnung, und die untere Wohnung bezog der 4. Schullehrer (Wäcker, später Künzinger). Nachkommende Zeiten schufen aus derselben zuerst die städt. Frauenarbeitschule und dann die Kinderschule.

Zugleich mit diesem Lehrerwohnungsgebäude entstand an der Ecke der Markt- und Burgstraße das rote, aus Backsteinen hergestellte sogenannte Mädchenschulhaus, diametral dem Knabenschulhaus gegenüber gelegen, mit sechs schönen, großen Schulfäden und zwei Zimmern für unständige Lehrer, das 1867 bezogen wurde. Mit der Eröffnung desselben hörte das Rathaus auf, auch zugleich Schulhaus zu sein. Eine zeitlang bedrte sich der Name des Mädchenschulhauses

mit seiner Bestimmung und Aufgabe, insofern alle Mädchenklassen dort untergebracht wurden und waren, während das ältere Schulhaus fast immer nur Knaben beherbergt, bis etwa 1910 eine gewählte Elementarklasse der Volksschule und später an deren Stelle die Frauenarbeitschule dorthin verlegt wurde.

Die Vergrößerung der Stadt, die Vermehrung der Schulklassen, insbesondere aber auch die Einführung des Fortbildungsschulwesens mit der Einführung der gewerblichen Fortbildungsschule und der Anstellung eines eigenen Gewerbelehrers (Kaisch) ersforderte den Bau eines neuen Schulgebäudes.

Wohl hatte die Stadt im Jahre 1878 einen Bau für Schulzwecke hinter der Lehrerwohnung erstellt, aber denselben an den Staat, der die Vorbereitungschule für das Seminar, die Präparandenanstalt dort unterbrachte, auf längere Zeit mietweise abgetreten.

So wurde in den Jahren 1910—12 von Stadtbaumeister Rang das städtische Gewerbeschulhaus nach allen Anforderungen der Neuzeit mit seinem Flügelbau, seiner Dampfheizung und seiner Badeeinrichtung für die Schüler in dem früheren Finschen Garten an der Calwerstraße erstellt und im Juni 1912 feierlich seiner Bestimmung übergeben. In erster Linie galt es dem Betrieb der Gewerbeschule. Daneben land aber auch die Frauenarbeitschule (Frl. Mair), die Mittelschule (Sandler), die bis dorthin von ihrer 1885 erfolgten Gründung an im städt. Bod- und Wochshaus mit dem Stiegegarten, wo früher einmal eine Lehrerwohnung war, untergebracht war und ihr Gegenüber, die damalige dreiklassige Knabenoberklasse, die 1906 von der Seminararbeitschule abgezweigte B-Klasse (Kläger), später nach Einführung der Korruption der Geschlechter in der Volksschule (1914) die beiden obersten Jahrgänge derselben (Reiter) Buchsteter und Hauptlehrer Dürr) dort Unterkunft, inbest nur für kurze Zeit, denn der Krieg verwandelte die Gewerbeschule alsbald nach seinem Beginn in eine Abteilung unseres hiesigen Reservelazarets. In dieser Kriegszeit flüchtete die Gewerbeschule in den Saal der Sträßle'schen Fabrik beim Schiff, die Frauenarbeitschule in die unteren Räume des Knabenschulhauses und der Handarbeitsunterricht der Volk- und Mittelschule wurde einige Jahre im Finschen Saal bei der Turnhalle erteilt. (Fortsetzung folgt.)

Siddeuse aufgebau  
Betr  
Kriegsge  
Betrie  
abzu  
Men  
Graben  
sammlun  
monatlich  
auf drei  
Waldbein  
Fran  
großhand  
lenhöf  
von mel  
reizen  
Da  
gand. D  
vorgef  
nung für  
teite ein  
legion er  
Ungar  
nis in D  
nomenen  
stelle, die  
zu bringe  
über Wien  
temberg u  
Die  
Telegraph  
lands zu  
werden.  
Arthur De  
Der bulg  
Laufe des  
Wied  
wegung,  
von einem  
Mehere  
am Schoo  
Sofia  
die sildan  
bergestell  
tem Tabac  
Der  
en lische  
nach einer  
Kriegs  
Zufertadel  
gestekt  
Der  
Damas  
ien in alle  
Mafochid  
Der  
ist es  
lungre, de  
Die U  
haben folg  
ist die Re  
ob und we  
bezüge der  
begw. ist  
eine solche  
Der  
wohl on  
gerichtet, te  
wesentliche  
eine erhebl  
allen gegen  
Angestellter  
die künftig  
Forderung  
steuergehe  
rechnet me  
1000—2000  
feien, zum  
Steuern die  
steuern, di  
hätten. D  
auszusprech  
unter prinzi  
pale Gef  
Sorge zu  
— De  
Anfolge R  
Stidung  
tebe beno  
— En  
igen Güte  
material, u  
tausch gegen  
zu können.  
\* Fein  
über ihre  
zu spreche  
der Schwä  
ihre Adresse  
\* Der  
Frühe schon  
ist die Zeit  
Diese Jugend  
blume in-



...eigene  
...Blade  
...und 20  
...Rostau,  
...Paris  
...auf den  
...am  
...Fahren  
...unter  
...ist  
...sich  
...über  
...Zeit  
...erhöhen  
...Ober  
...am  
...natio  
...des  
...stom  
...weng  
...kubuln  
...fanden  
...den  
...st. Die  
...tungen  
...in g  
...Dittl  
...immer  
...Ringe  
...den  
...schaften  
...schäft  
...Straf  
...schaffen  
...stall das  
...per  
...Bedeut  
...nach  
...Berlin  
...kreise in  
...Abhe  
...end das  
...auf, bis  
...auf und  
...den ver  
...Schul  
...Fort  
...bewer  
...bundes  
...au für  
...aufsehen  
...Seminar  
...ere Zeit  
...meister  
...Anforde  
...Dampf  
...in dem  
...st und  
...zu. In  
...Dauere  
...er), die  
...885 er  
...aus mit  
...wohnung  
...amalie  
...eminar  
...Ein  
...tschule  
...Rektor  
...indessen  
...bewer  
...unfere  
...stele die  
...k beim  
...ne des  
...Soll  
...Soal bei  
...folgt.)

Waldenburger Kreis und wird durch verschiedene Besprechungen aufgehoben.

**Betriebsschließung wegen der Steuerverweigerung.** Die Aktiengesellschaft Gebrüder Schöndorf in Düsseldorf hat ihren Betrieb geschlossen, da die Arbeiter sich weigerten, den Steuerabzug anzuerkennen.

**Monatliche Wohlfahrtsübersichten im Waldenburger Kreisbezirk.** Laut „Vossischer Zeitung“ beschloß eine Versammlung der Kreisräte des Waldenburger Kreisbezirks, monatliche Wohlfahrtsübersichten einzuführen, deren Ertrag auf drei Millionen geschätzt wird. Dieser Betrag soll den Wohlbedürftigen zur Verfügung gestellt werden.

**Transportarbeiter-Ausstand in Stettin.** Die im Warenverkehr und der Expedition im Holzgewerbe, auf den Kohlenhöfen usw. beschäftigten Transportarbeiter von Stettin, von mehreren Tausend an der Zahl, sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

**Das Großkreuz der Ehrenlegion für General Wegand.** Der „Gaulois“ meldet, daß die französische Regierung vorgeklagt hat, daß man General Wegand zur Belohnung für seine Dienste, die er Polen und der ganzen Fronte geleistet habe, zum Ritter des Großkreuzes der Ehrenlegion ernennen soll.

**Ungarische Werber in Deutschland?** In das Gefängnis in Deggendorf wurde ein von der Gendarmerie festgenommen junger Mann eingeliefert, der, wie sich herausstellte, die Aufgabe hatte, junge ledige Männer nach Ungarn zu bringen. Ausfragen des Festgenommenen bekräftigten, daß über Wien mehrere Werberoffiziere nach Bayern, Tirol, Württemberg und Baden abgegangen seien.

**Die bulgarisch-englischen Beziehungen.** Der „Daily Telegraph“ meldet, daß die diplomatischen Beziehungen Englands zu Bulgarien in kürzester Frist wieder aufgenommen werden. Der frühere englische Vertreter in Braklien Sir Arthur Peel werde demnächst als Gesandter nach Sofia gehen. Der bulgarische Ministerpräsident Stambuloff werde im Laufe des Oktober in London erwartet.

**Wiederankommen der türkischen nationalistischen Bewegung.** Eine Hausmeldung aus Konstantinopel berichtet von einem Wiederankommen der nationalistischen Bewegung. Mehrere Offiziere kemalistischer Richtung seien in dem kleinen Hafen Bezin am Schwarzen Meer gelandet.

**Sofia und Belgrad.** Aus Belgrad wird gemeldet, daß die serbische Regierung die Beziehungen mit Sofia wieder hergestellt habe. Zum serbischen Geschäftsratgeber ist Perem Radic ernannt worden.

**Der englische Minister für Irland in Luzern.** Der englische Minister für Irland Sir Hamar Greenwood ist nach einer amtlichen Meldung nach Luzern abgereist, um mit Lord George zu beraten. Die Sunneiner haben die große Zuckerfabrik in Anodona in der Grafschaft Limerick in Brand gesetzt. Der Schaden ist sehr groß.

**Der neue Präsident von Guatemala.** Nach einer Hausmeldung aus Guatemala sind die Präsidentschaftswahlen in aller Ruhe verlaufen. Carlos Herrera ist mit großer Majorität gewählt worden.

**Der Donau-Schiffverkehr.** Dem Bayerischen Lloyd ist es in Verhandlungen mit den unteren Uferstaaten gelungen, den Verkehr bis Belgrad auf der Donau aufzunehmen.

**Württembergische Politik.**

**Württembergischer Landtag.**

Die Abgeordneten Dr. Beißwänger und Wiber (W. B.) haben folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Ist die Regierung in der Lage, darüber Auskunft zu geben, ob und welche Schritte zur zeitgemäßen Erhöhung der Reichsbezüge der Kriegswaisen vom Jahre 1870/71 erfolgt sind, bzw. ist sie bereit, gegebenenfalls dafür einzutreten, daß eine solche Erhöhung schleunigst in die Wege geleitet wird?

**Zum Steuerabzug.**

Der Abg. Andre hat dringlich gehaltene Eingaben sowohl an die Reichsregierung als an die württembergische Regierung gerichtet, in denen er darum nachsucht, daß unverzüglich eine wesentliche Erhöhung des steuerfreien Einkommensanteils und eine erhebliche prozentuale Herabsetzung des Steuerabzugs bei allen gegen seinen Lohn oder Gehalt tätigen Arbeitern und Angestellten unter Anrechnung zu viel bezahlten Steuern auf die künftigen Steuerbeiträge eintritt. Begründet wurde diese Forderung damit, daß bei der Schaffung des Einkommensteuergesetzes mit der großen Geldentwertung nicht hat gerechnet werden können, daß Einkommensteuerleistungen von 1000—2000 M seitens der Arbeiter zu hohe Steuerleistungen seien, zumal auch die Arbeiterschaft stark zu den indirekten Steuern beitragen müsse, ganz abgesehen von den Katastersteuern, die jene Arbeiter tragen müßten, die Grundbesitzer hätten. Die Regierungen wurden ersucht, in einer Erklärung auszusprechen, daß sie bereit sind, im Sinne dieser Vorschläge unter prinzipieller Festhaltung am Steuerabzug für eine sozialere Gestaltung des Einkommensteuergesetzes unverzüglich Sorge zu tragen.

**Vermischtes.**

**Bevorstehende Stilllegung in der Solinger Industrie!** Infolge Rohsmangel steht in der Solinger Industrie die Stilllegung der meisten Wesenschmieden und Schmelzwerke bevor.

**Englischer Rohs für Lothringen.** Die Lothringischen Hüttenindustriellen beschaffen sich umfangreiches Rohmaterial, um größere Mengen von englischem Rohs im Austausch gegen lothringisches Eisenerz über Dänemark beziehen zu können.

**Aus Stadt und Bezirk.**

Ragold, den 30. August 1920.

**Heimkehrer aus Rußland.** Die bereit sind, als Redner über ihre Erlebnisse und die Verhältnisse in Sowjetrußland zu sprechen oder schriftliche Beiträge zu liefern, werden von der Schwebischen Liga Stuttgart, Neues Schloß gebeten, ihre Adresse mitzuteilen.

**Der Winter naht.** Bepfer Tage hatten wir in der Fröhe schon ziemlich starken Reis. Auch in dieser Beziehung ist die Zeit schon um 4—5 Wochen früher daran; es herbstlich! Diese Zugvögel sind abgezogen; bald wird das Gatteln der Schwärme in beiden Richtungen umgekehrt, in Wald und Feld

eine unheimliche, die schnell naubende Winterszeit prophezeiende Stille eintreten. Schon ist es an regnerischen Tagen viel angenehmer und gemühtlicher im erdärmten Stübchen. Der Hausvater muß sich noch eine letzte Frage vorlegen: Hab ich mich auch mit genügend Brennstoff eingedeckt?

**Erhebung des Fernsprebeitrags.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In den letzten Tagen hat ein Schwindler versucht, den im Gesetz vom 6. Mai, betr. Telegraphen- und Fernspregebeiträge, festgesetzten einmaligen Beitrag für die Fernsprechanstalt (1000 M für Hauptanschlüsse, 200 M für Nebenanschlüsse) bei Teilnehmern in Berlin einzuziehen oder einen Beitrag von 2 M zu den Kosten eines Protestunternehmens gegen die Erhebung des Fernsprebeitrags zu sammeln. Der Mann trug eine Postmütze. Das Reichspostministerium weist deshalb darauf hin, daß die Fernsprechanstalten den Beitrag nicht durch Betrug einzuziehen lassen werden, sondern daß an die Teilnehmer demnächst durch ein besonderes Schreiben das Erlöschen ergehen wird, den Beitrag durch Ueberweisung oder durch Zahlkarte an das Postfachkonto des zuständigen Vermittlungsamtes zu entrichten. In dem Schreiben wird auch Näheres darüber enthalten sein, wie die Teilnehmer zu verfahren haben, welche den Beitrag durch Vermittlung der Deutschen Volksversicherung A.-G. in Berlin-Schöneberg, Hähnelfstraße 15 a bezahlen sollen.

**Die Zuckerpreise fallen?** Infolge der glänzenden Bellerate auf dem Rübemarkt wird, so berichtet der Berl. Volkszeitung, mit einem bedeutenden Fallen der Zuckerpreise gerechnet. Französische Blätter veröffentlichen folgende Statistik der Rübenernte in Europa: In Deutschland 1 300 000 Tonnen für das Jahr 1920/21 (750 000 t für das Jahr 1919/20), in der Tschechoslowakei 800 000 t (600 000), in Frankreich 300 000 t (154 000), in Holland 300 000 t (140 000), in Belgien 200 000 t (125 000), in Schweden 160 000 t (150 000), in Dänemark 165 000 t (160 000), in Italien 170 000 t (150 000), in Spanien 180 000 t (120 000), in der Schweiz 5000 t (4000), in Bulgarien 15 000 t (15 000), Summa: 3 945 000 t (2 818 444). Für die Erzeugung aus Zuckerrüben kommt in erster Linie Rußland in Betracht, auch dort ist die Ernte in diesem Jahre hervorragend, man erwartet 3 900 000 Tonnen.

**Kriegsdenkmäler und Luzussteuer.** M-H für Kriegsdenkmäler Luzussteuer gezahlt werden und sind es 1 1/2 oder 15 1/2? Das ist eine Frage, die hier häufig gestellt wird. An sich unterliegen Kriegsdenkmäler der erhöhten Steuer von 15 %. Angenommen und nur der gewöhnlichen Umsatzsteuer (1/2 Prozent) unterworfen sind. Kriegsdenkmäler in schlichter Ausführung sowie Ortswahrzeichen der Politik. Man muß also unter Geldern, ob es sich bei einem Kriegsdenkmal um ein Grabdenkmal handelt oder nicht. Für ein Grabdenkmal, also ein solches, das für ein Grab oder mehrere Gräber von Kriegern bestimmt ist. Man kann dann bedinglich, nur die gewöhnliche Steuer von 1 1/2 % zu zahlen, wenn es sich um eine schlichte Ausführung handelt. Natürlich wird es immer auf den einzelnen Fall ankommen, ob die Ausführung als eine schlichte oder eine prunkvolle anzusehen ist. Jedenfalls sind die Behörden angewiesen, in dieser Beurteilung nicht zu einknickeln zu sein. Die meisten Kriegsdenkmäler werden oder nicht Grabdenkmäler sein, weil sie meist nicht am Grab eines oder mehrerer Kameraden, sondern an hervorragender Stelle außerhalb von Grabstätten zur Erinnerung an die gefallenen Kameraden aufgestellt werden. Solche Denkmäler sind ohne Rücksicht auf schlichte oder prunkvolle Ausführung mit 1 1/2 Prozent zu versteuern, wenn sie Originalwerke der Plastik also vom Künstler selbst für den bestimmten Zweck entworfen sind, nicht also, wenn es sich um die Nachbildung eines anderen Werkes handelt. In letzterem Fall beträgt die Steuer 15 Prozent. Die Steuer hat der Hersteller des Werkes zu zahlen, der sie natürlich seinerseits wieder dem Besteller anrechnen wird. Diese Bestimmungen haben seit dem 1. Januar 1920 Wirksamkeit. Die Steuern sind aber auch dann zu zahlen, wenn die Bestellung des Denkmals (nicht notwendig auch die Ausführung) vor dem 1. Januar 1920 erfolgt ist.

**Kapitalertragssteuer und die kleinen Rentner.** Der Reichsfinanzminister gibt bekannt: Einkommensteuerpflichtige Personen, die über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig sind, und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitalerträgen und Pensionsbeträgen zusammensetzt, kann zur Verminderung von Härten die in einem Kalenderjahr entrichtete Kapitalertragssteuer nach Ablauf dieses Jahres über die im Einkommensteuergesetz vorgeschriebenen 75 %, hinaus in voller Höhe erlassen werden, sofern sie nach dem Gesetz keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Entscheidung über diese Erstattungen steht den Landesfinanzämtern zu; sie können die Befugnis zur Entscheidung über die Erstattungen den Finanzämtern übertragen.

**Nichtpreise für Kuh- und Zuchtvieh.**

Durch eine Verfügung der Reichsversorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern werden für Kuh- und Zuchtvieh folgende Nichtpreise festgesetzt und zwar je für 50 kg Lebendgewicht: 1. Für alles mehr als 3 Monate alten Kuh- und Zuchtvieh 380 M, 2. für Kälber bis zu 3 Monaten 350 M, 3. für Schafe 380 M. Außerdem ist ein Stützschlag für Zuchtstieren, hochtrachtige Kühe, Kälberinnen und Kühe mit mindestens 8 Liter täglichem Milchtrag zur Zeit der Bedienung und von 200 M für gewöhnliche Zugochsen und Zugstiere zulässig.

**Rohrdorf, 29. Aug.** Kein Tag vergeht, ohne daß durch die Ortsschelle ein bis zwei weitere Gebüße als verfehlt gemeldet werden. In 17 Ställen haben wir die Seuche bereits. Zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften ist ein Landjäger hier stationiert worden. Außer einigen Kälbern, die noch nicht wiederstandsfähig genug sind und deshalb eingingen, sind die übrigen erkrankten Tiere bisher wenigstens noch gut davon gekommen. Sorgfältigste Befolgung der gesetzlichen Vorschriften, sowie Sorgfalt und Achtsamkeit werden nötig sein, wenn wir diese Landplage, die Menschen u. Tiere in Mitleidenschaft zieht, wieder los werden wollen.

**Aus dem übrigen Württemberg.**

**Freudenstadt, 29. Aug.** Das Auto des Sägewerbetreibers Graf von Dornstetten stieß mit einem Lastfuhrwerk

zusammen. Zwei Fahrgäste erlitten leichte Verletzungen. Das Auto wurde schwer beschädigt.

**Stimmogheim O. Calw, 28. Aug.** Beim Hagenbutten-suchen fanden Kinder den Leichnam eines 72-jährigen hiesigen Bürgers. Er ist auf freiem Feld vom Herzschlag getroffen worden.

**Waldlingen, 28. Aug.** Seit 18. August wird die ledige Sofie Jbler von Strümpfelbach vermisst. Sie hat sich von zu Hause entfernt und ist nicht mehr zurückgekehrt. Die Vermisste ist 25 Jahre alt.

**Weil der Stadt, 28. Aug.** Beim Schachhüten spritzte ein 16-jähriger Bursche mit einem Revolver. Die Waffe entlud sich und die Kugel traf den jungen Menschen so unglücklich, daß er nach kurzer Zeit verschied. Er ist von Schachhausen gebürtig.

**Spielplan der würt. Landestheater.**

Großes Haus: Am 31. 8. Die Rauberhöle, am 1. 9. Der fliegende Holländer, am 2. Das Räuschen von Geilbrunn, am 3. Fidelio, am 4. Die Verschwörung des Fiesko zu Genoa am 5. Tiesland, am 6. Die Verschwörung des Fiesko zu Genoa. — Kleines Haus: Am 31. 8. Die Laune des Verliebten, Die Mitschuldigen, Die Geschwister; am 1. 9. Amphitryon; am 2. Der Wüßhüh; am 3. Die Laune des Verliebten, Die Mitschuldigen, Die Geschwister; am 4. Länge; am 5. Die drei Jüdlinge; am 6. Figaros Hochzeit.

**Künstleranklagen.**

In der neuesten Nummer von „Kunst und Künstler“ finden sich folgende Schmutzen:

**Allegorie**

Ein Antikalienhändler besitzt fünf Statuetten, die er nicht los werden kann.

Er denkt sich: es fehlt mir für die Figuren sicher nur der richtige Titel, dann würde ich sie verkaufen können.

Als der nächste Käufer in seinen Laden kommt, weist er auf die Figuren hin: „Die fünf Sinner“.

Dem Liebhaber gefällig unglücklicherweise nur eine der Figuren, so daß vier übrig bleiben.

Der nächste Käufer kommt: „Die vier Jahreszeiten“, sagt der Händler.

Wieder wird eine verkauft.

„Die drei Grazien“.

Nun bleiben ihm nur noch zwei.

Tag und Nacht“.

Schließlich hat er nur noch eine: „Einsamkeit“.

**Zuspiel verlangt.**

Der berühmte Maler M. war ständig mit seinem Werk meins, wenn Zahlungstermin für die Miete war.

Eines Tages fuhr er in seinem Kar, der Hauswart kommt herein: „Herr M., Sie haben Ihre Miete noch nicht bezahlt.“

„Nein.“

„Haben Sie die Absicht, sie zu bezahlen.“

„Selbstverständlich.“

„Und wann, wenn ich fragen darf?“

„Lieber Herr,“ sagte M. entrückt, „Sie wissen, daß ich Künstler bin und nicht Pöppel.“

**Legte Nachrichten.**

**Zuspizung der politischen Lage.**

**Stuttgart, 29. Aug.** Hier wie auswärts hat der Sonntag in der Lage des Generalstreiks keine nennenswerte Änderung hervorgebracht, wenigstens was den äußeren Verlauf anlangt. Gewalttätigkeiten sind von nirgends her gemeldet worden. In Stuttgart zeigte sich der gewöhnliche Sonntagssverkehr. So wenig demnach das äußere Bild die fieberhafte Stimmung erkennen ließ, umso deutlicher trat sie nachmittags 3 Uhr in der Röllschubbahn zutage, wo in arg überfülltem Raum vor mindestens 4000 Personen Hörner sprechen sollte. Zuerst trat Remmele auf. Er äußerte sich durchaus sachlich und ohne jede hysterische Tendenz: Der Anschluß der U.S.B. an den Generalstreik sei lediglich aus Gründen der Solidarität mit den Ausgesperrten erfolgt. Kampflustiger wurde die Stimmung als Hörner loslegte. Sein Wrohl richtete sich besonders gegen die Eisenbahner, die nicht streikten wollten, und er gab der Hoffnung Ausdruck, daß wenigstens die Nachrichtenmittel Post, Telegraph u. Fernsprecher in die Hände der Ausständigen kommen würden. Die Bewegung ist völlig auf das politische Gebiet hinübergespielt worden. — Die Verhandlungen des Streikfunktionsausschusses dauerten den ganzen Sonntag über an. Gerücheweise verlautet, daß es dort zu Unstimmigkeiten gekommen sei, aber die Verhandlungen sind geheim. — Da die Verläufe, einzelne Geschäfte durch Drohungen für den Montag zu zwingen, systematisch fortgesetzt werden, was leicht zu einer Verschärfung der Lage führen könnte, hat die Staatsregierung es für notwendig erachtet, ein Flugblatt herauszugeben. Viele Kommunisten von auswärts sind hier eingetroffen.

**Keutlingen, 29. Aug.** Am Samstag mittag hat eine Betriebsräteversammlung nach lebhafter Aussprache mit 138 gegen 43 Stimmen bei einer größeren Zahl von Stimmenthaltungen den verschärften Generalstreik beschlossen. Eine große Anzahl der Versammlungsteilnehmer hatte sich vor der Abstimmung entzogen. Eine Reihe von Betrieben hat sich für die Fortsetzung der Arbeit entschieden.

**Deutsch-russischer Gefangenen Austausch.**

Kopenhagen, 30. Aug. Nach einer Meldung des lettischen Pressebüros wird der Austausch von deutschen und russischen Kriegsgefangenen in den nächsten Tagen über Riga beginnen. Jede Woche sollen in Riga auf Schiffen 1000 Russen aus Deutschland eintreffen; gleichzeitig sollen wöchentlich ebensoviel Deutsche aus Rußland über Riga in die Heimat befristet werden.

**Regengüsse in Böhmen.**

Prag, 30. Aug. Die „Bohemia“ meldet aus Reichenberg in Böhmen: Die Risse sind infolge anhaltender Regenwetters angeschwollen. Die Talpette kann das Wasser, das über die Mauer hinwegfließt, nicht mehr fassen. Das Wasser steigt ständig, so daß eine Katastrophe befürchtet wird.

**Vor einer neuen russischen Offensive.**

Basel, 30. Aug. Morningspost meldet aus Rostau, die russische Regierung treffe alle Vorbereitungen um eine neue Offensive zu ergreifen. Im russischen Hinterlande werden heftigste Rüstungen und Aushebungen vorgenommen. Ein



ruff. Willkürlicher soll in kürzester Zeit schlagfertig auf den Beinen und angriffsbereit sein.

**Noch keine Näherung in den russisch-polnischen Waffenstillstandsverhandlungen.**

London, 30. Aug. Tschischkewitsch hat die polnische Regierung gebeten, die weiteren Verhandlungen in einer Stadt Ostpreußens abzuhalten.

**Korfanty bricht die Vereinbarungen.**

Breslau, 29. Aug. Die in den gestrigen Abendstunden erfolgte Einigung zwischen den deutschen Parteien und Gewerkschaften einerseits und dem polnischen Friedenskommissariat in Oberschlesien andererseits ist heute früh aufs neue in die Brüche gegangen. Korfanty hat heute morgen einen Aufruf veröffentlicht, den die Deutschen als illegalität und den getroffenen Vereinbarungen zumider betrachten. Es werden im Laufe des Tages vermutlich neue Verhandlungen eingeleitet werden. — Der Waffenstillstandsbewegung ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Es muß abgewartet werden, ob Korfanty überhaupt noch die Macht besitzt, um den von ihm inkonsequenten Waffenstillstand abzubrechen. Die Franzosen haben den größten Teil der deutschen Sicherheitswache interniert. Trotz der Zusage des Generals Peron und des Generals Genier, daß am Aufstand beteiligte Polen in die neu zu errichtende Volkswehr nicht aufgenommen werden dürfen, hat der französische Hofkommandant von Rygnowitz, Kapitan Baroliz, den von den polnischen Insurgenten als Polizeichef von Rygnowitz

wie eingeleitet. Aufständischen Waisa als Kommandanten der Ordnung von Rygnowitz durch Verordnung anerkannt und den Bürgerkrieg von Rygnowitz gezwungen, unter diese Verhältnisse seine Unterwerfung mit zu legen.

**Bruch des Waffenstillstandes**

London, 30. Aug. Trotz des Waffenstillstandes haben russische und mohammedanische rote Barden die armenischen Stellungen am Iser des Jangseki angegriffen, wurden aber nach zweiseitigem Kampfe zurückgeworfen. Der Sowjetvertreter in Erivan erklärt, daß der Bruch des Waffenstillstandes auf einem Mißverständnis türkischer Befehlshaber beruhe.

**Frankreich fordert Genugtuung für die Breslauer Vorfälle.**

Die Vorfälle in Breslau haben dazu geführt, wie schon kurz gemeldet, daß ein Vertreter des Auswärtigen Amtes in Berlin dem französischen Botschafter in Berlin sein Bedauern ausgesprochen hat. Wie wir hören, hat bei dieser Gelegenheit der französische Botschafter angekündigt, daß die französische Regierung wegen der tätlichen Angriffe auf die Mitglieder der Internationalen Kommission und der Forderung des französischen Konsulats in Breslau ausreichende Genugtuung verlangen werde. Ueber die Form dieser Genugtuung hat er sich nicht geäußert.

**Verchiebung der Abstimmung in Oberschlesien.**

Breslau, 30. Aug. Wie die Presseinformation aus zuverlässiger Quelle in Paris hört, wird die Volksabstimmung in

Oberschlesien nicht wie vorhergesehen am 1. Oktober stattfinden sondern man rechnet mit einem neuen Termin im Herbst.

**Flug des ersten Luftschiffes über die Alpen.**

Rom, 30. Aug. Das Zeppelin Luftschiff „Z 1“, das als erstes lenkbares Luftschiff die Alpen überflogen hat, ist gestern Nachmittag hier gelandet.

**Französischer Bäckerstreik.**

Paris, 30. Aug. Nach einer Honas-Meldung aus Orleans sind dort die Bäckerarbeiter in den Ausstand getreten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Brot geschieht durch Militärbäcker.

**Auch der Heilige Vater mahnt die Polen!**

Rom, 30. Aug. Pater Ida Nazionale hat der Heilige Vater den Polen angeraten, nicht über die Grenze hinauszuweichen und bei den Friedensverhandlungen einen verhältnismäßig weichen Geist zu zeigen.

**Zum Schutz der Amerikaner in Danzig.**

Washington, 30. Aug. Der Marineminister Daniels hat mitgeteilt, daß der Panzerkreuzer „Pittsburg“ den Befehl erhalten habe, von Nowak nach Danzig zu gehen, um die Amerikaner zu schützen.

Für die Schriftleitung verantwortlich Friedrich Wilhelm Schmidt & Co., Magdeburg. Druck und Verlag der W. B. Zellerischen Buchdruckerei (Karl Bauer), Magdeburg.

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Behandlung des durch Aehrenlesen gewonnenen Getreides.**

Das durch Aehrenlesen gewonnene Brotgetreide und Gerste unterliegt ebenfalls der Beschlagnahme für den Kommunalverban, in dessen Bezirk es gewachsen ist.

Durch Aehrenlesen gewonnene Getreide darf nur mit Malschein in die Mühle verbracht werden. Die Ausstellung des Malscheins ist beim Ortsvorsteher zu beantragen.

Die durch Aehrenlesen gewonnenen Getreidemengen sind bis spätestens 1. Oktober 1920 durch Vermittlung des Schutheißnamens bei der Bezirksverwaltungsstelle anzumelden und dabei nachzuweisen, daß solche tatsächlich durch Aehrenlesen zusammengebracht worden ist. Malscheine für Aehrenlesefrucht werden nur in der Zeit bis 30. Oktober 1920 ausgestellt.

Aehrenleser, die nicht Angehörige eines landwirtschaftlichen Haushalts, d. h. nicht Selbstversorger sind, dürfen ihr gesamtes Getreide zu den Verbrauchszwecken der Selbstversorger als Brotgetreide verwenden; dabei wird die gedörrte Gerste gleich wie Brotgetreide behandelt, wird somit ganz auf den erlaubten Brotgetreideverbrauch mit bezogen 12 kg für den Kopf und Monat angerechnet.

Die Vermengung von Gerste und Hafer neben der Brotgetreidemenge ist nur den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe und deren Haushaltsangehörigen eingeräumt. Der vorgeschriebene Ausnahmsprozent beträgt 90%. 803 Nagold, den 28. Aug. 1920. Oberamt: Müns.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Kohlerial Gemeinde Nidulach Oberamt Calw ausbrochen. 808 Nagold, den 28. Aug. 1920. Oberamt: Müns.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Müdingen Oberamt Dornberg ausgebrochen. 807 Die Stadtgemeinde Nagold kommt ins Beobachtungsgebiet. Nagold, den 28. Aug. 1920. Oberamt: Müns.

**Richtpreise für Kuh- und Zuchtwieh.**

Samt Bekanntmachung der Fleischverwaltungsstelle für Württemberg und Hohenzollern vom 26. d. Mts. (Staatsanzeiger Nr. 199) sind die Richtpreise für Kuh- und Zuchtwieh für 50 kg Lebendgewicht wie folgt festgesetzt worden: 1) für alles mehr als 3 Monate alte Kuh- und Zuchtwieh 380 M 2) für Küber bis zu 3 Monaten 350 M 3) für Schafe 330 M Außerdem ist ein Stillzuschlag von 400 M für Zuchtwieh, hochschäpfe (schäpfe) Küder, Küderinnen und Kühe, und Kühe u. Küder mindestens 8 Eier in ihrem Wölkertag zur Zeit der Verküpfung und von 200 M für gewöhnliche Zuchtwieh und Zuchtwieh zulässig. 804 Nagold, den 28. Aug. 1920. Oberamt: Müns.

Mein am Samstag auf Dienstag morgen 7 Uhr ausgeschriebener Viehverkauf in Altensteig findet nicht statt. Max Lemberger, Rexingen. 800

**Pferdverkauf**  
am nächsten Mittwoch morgens 8 Uhr auf der Stadtpflege-Rang in Nagold. Auf Eisberg kommt kein Pferd.  
Für den Oberamtsbezirk ist die A l l e i n -

**Bertretung**  
für einen gangbaren gef. gef. Artikel zu vergeben. Zur Uebernahme sind 800 M für kleines Warenlager erforderlich. Näheres durch 799 R. Sayer, Fellbach.

Eine hornlose, rotfarbige **Ziege**  
steht dem Verkauf aus 820  
Johannes Schilling Witwe Edhausen.

**Breisgauer Mostansatz**  
vorrätig bei 371  
G. Eberhardt Wübburg.

# Wer ist schuld?

Die Arbeiter der Daimlerwerke, der Bosch A. G. und der Maschinenfabrik Södingen haben trotz wiederholter Warnung sich geweigert, den Steuerabzug vom Lohn sich gefallen zu lassen. Sie haben die Anwendung des von der Volksvertretung ordnungsmäßig beschlossenen Gesetzes mit Gewalt verhindert und erklärt, gegen jeden weiteren Versuch seiner Anwendung mit Gewalt vorzugehen. Eine gerichtliche Erklärung des Arbeiterrats der Maschinenfabrik Södingen vom 7. August 1920 lautet: „Der Arbeiterrat der Maschinenfabrik Södingen und die gesamte, vor und in dem Verwaltungsgebäude versammelte Belegschaft des Wertes Meiningen protestiert gegen jeden behaupteten Steuerabzug durch die Firma und erklärt, daß die Arbeiterchaft auch von Tätlichkeiten gegenüber der Verwaltung der Fabrik sich nicht abhalten lassen wird, um auch weiterhin jeden Steuerabzug zu verhindern. Der Arbeiterrat.“

Darauf hat die Arbeitgebervereinsung am 20. August mit den Gewerkschaften Verhandlungen angebahnt, um mit diesen die Streitigkeiten zu beilegen. Die Arbeitgebervereinsung hat hierbei den Vorschlag gemacht, mit den Gewerkschaften gemeinsam bei der Reichsregierung zur Milderung von Härten Vorschläge einzubringen. Ihre Entscheidung, so erklärten die Gewerkschaften, müßten sie vom Ergebnis der bevorstehenden Landeskonferenz der Gewerkschaften Württembergs abhängig machen. Am 22. und 23. August hat sich nun diese gewerkschaftliche Landeskonferenz mit dieser Frage befaßt und nicht nur jede Mitarbeit zur Verbesserung des Gesetzes gänzlich abgelehnt, sondern den Steuerabzug grundsätzlich verworfen. Nunmehr hat am letzten Dienstag und Mittwoch die Regierung durch ihre Vertreter mit den Betriebsräten der drei Firmen eingehend verhandelt und die Arbeiterschaft auf gutlichem Wege zur Anerkennung der Steuererhebung zu bewegen versucht! Vergeblich! Es wurde von Neuem mit Gewalt gedroht, in der Maschinenfabrik Södingen die Erklärung vom 7. August wiederholt. Kein Mittel auf dem Verhandlungsweg zu einem Ergebnis zu kommen, ist unversucht geblieben.

Stuttgart, den 28. August 1920.

Sollte nun die Regierung ruhig zusehen, wie einzelne Volksteile die Einkommensteuer, die gerade von der Arbeiterschaft stets gewünschte Hauptvermehrung der Länder und Gemeinden, verweigern? Sollte sie die finanziellen Grundlagen eines geordneten Staatswesens gefährden lassen? Eine Regierung, die sich nicht selbst und die gesamte Staatsordnung aufgab, müßte hier eingreifen.

**Wen trifft also die Schuld an der heutigen Lage? Die Regierung oder die Steuerverweigerer?**

Es ist unwar, wenn behauptet wird, die Regierung habe sich zu ihrem Vorgehen entschlossen, um die „revolutionären Massen aus den Großbetrieben zu entfernen“.

Es ist unwar, daß die Regierung den Kampf gegen den Sozialismus führen will und einen „Gewaltstreik brutalster Art gegen die Stuttgarter Arbeiterschaft verübt hat.“

**Die Regierung verlangt Anerkennung der Steuergesetze und Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.**

**Nicht zum Schutze des Kapitals, nicht zum Schutze von Unternehmerinteressen, sondern zum Schutze der Gesetze hat die Regierung eingegriffen.**

Sie weiß sich bei ihrem Vorgehen eins mit der überwältigenden Mehrheit des württembergischen Volkes, insbesondere auch aller besonnenen Arbeiter.

Entgegen der Anschauung vieler Volksteile und der Arbeiterschaft hat am Freitag eine Versammlung der Betriebsräte unter Ausschluß der Gewerkschaften und der politischen Parteien den Generalstreik beschlossen, der sich auch auf die lebenswichtigen Betriebe erstreckt. Das Wirtschaftsleben soll also zusammenbrechen, die Arbeiter sollen nicht mehr verdienen und die Bevölkerung soll Hunger leiden, weil die bestbezahlten Arbeiter keine Steuern zahlen wollen. Arbeiter laßt Euch nicht mißbrauchen! Die württembergische Bevölkerung wird sich die angemaßte Gewalttherrschaft einer Minderheit nicht gefallen lassen.

**Die Staatsregierung.**

3-4 Herrn können noch an gutem **Privatkosttisch** ab 1. 10. 20 teilnehmen. Schriftl. Angebote unter Nr. 797 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Nagold 798  
Reines **Petroleum** empfiehlt Fr. Schittenhelm.  
Lengenloch 810 bei Altensteig. Wegen Betriebsveränderung verkaufe meinen 7 Jahre alten

**Schimmel-Wallach**  
unter jeder Garantie R. Keen, med. Holzbearb.

**Amtskalender** f. d. ev. Volksschulen Württbg. Schuljahr 1920/21  
fordern erklommen u. vorzütig bei **Buchhandlung Jaifer**

Neuer zweirädriger **Handkarren** mit Bremse (Tragkraft 6 Ztr.) hat zu verkaufen. **Georg Walz, Wagner** Walldorf. 801

800 Ebershardt, den 29. Aug. 1920



**Todes-Anzeige.**  
Wir geben Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Gatte, Vater, Bruder und Schwager **Jakob Waidelich** im Alter von 59 Jahren von seinem schweren Leiden erlöst wurde.  
In tiefer Trauer:  
Die Wittve: A. Maria Waidelich geb. Frey mit ihre Kindern.  
Beerdigung: Dienstag mit tag 2 Uhr.  
**Gebetbücher empfiehlt G. W. Zaiser.**

